

MKAS - Newsletter





Mazedonien im Oktober 2006

Polizeigesetz angenommen

Personalwechsel an der Universität Tetovo

Treffen zwischen Gruevski und Ahmeti

DUI-Abgeordneter tritt aus der Partei aus

Aufhebung von Transparency Macedonia

Misstrauensvotum für Bučkovski – Šekerinska künftige SDSM-Vorsitzende?

KURZNACHRICHTEN



Polizeigesetz angenommen

Die Parlamentsdebatte zum Polizeigesetz wurde Anfang Oktober von Mitgliedern der Demokratischen Union für Integration (DUI) blockiert, weil das Gesetz ihrer Meinung nach, dem Ochrider Rahmenabkommen widerspricht. Die Abgeordneten der DUI stürmten regelrecht das



Podium, veranstalteten Lärm und bemächtigten sich der Glocke und der elektronischen Abstimmungskarte des Parlamentsvorsitzenden Ljubiša Georgievski (Bild). Dieser musste nach einigen erfolglosen Versuchen, die Abgeordneten zur Ordnung zu rufen, die Sitzung unterbrechen. Auch am Folgetag gab es Protestaktionen, während das restliche Parlament sich bemühte, die Diskussion über das Polizeigesetz über Kopfhörer weiter zu verfolgen. Am dritten Tag der Debatte versetzten die DUI-Abgeordneten ihre Kollegen in Erstaunen, indem sie von allen Aktionen abließen und sich an der Debatte

beteiligten.

Die DUI sandte einen Brief an Vertreter der internationalen Gemeinschaft, in dem sie protestierte, dass bei der Abstimmung über das Polizeigesetz das Badinter-Pinzip nicht angewandt wird, wonach für eine Entscheidung auch die Mehrheit der Minderheitenvertreter dafür sein müssen. In der Presse hieß es, dass die sog. "Internationale Gemeinschaft" langsam die Geduld verliere, da die DUI ihre Position als Oppositionspartei offensichtlich nicht wahrnehmen wolle. Die Gemeinschaft wünsche eine rasche Verabschiedung des Polizeigesetzes, damit andere Reformen bald in Angriff genommen werden können.

Am Abend des 30. Oktober wurde das Polizeigestz schliesslich vom Parlament mit 71 von 83 anwesenden Parlamentariern angenommen. Die Sitzung wurde von den Abgeordneten der DUI boykottiert. Ihre letzte Hoffnung, dass Staatspräsident Crvenkovski das Gesetz nicht unterschreiben würde, erfüllte sich nicht, er unterzeichnete am 31. Oktober.

Personalwechsel an der Universität Tetovo

Bildungsminister Sulejman Rushiti hat veranlasst, dass der Rektor der Staatlichen Universität Tetovo, Nexhbedin Beadini, seiner Funktion enthoben und durch Sadi Bexheti (Bild) ersetzt wird. Daneben sollen 50 Universitätsangestellte entlassen worden sein. Minister Rushiti begründete die Auswechslung mit rund 2.000 gefälschten Diplomen, finanziellen Vergehen, der Beschäftigung von nicht akkreditierten Lehrkräften und andere Unregelmäßigkeiten. Unter anderem soll der DUI-Vorsitzende Ali Ahmeti innerhalb eines Monats ein Diplom von der Philosophischen Fakultät erhalten haben. Während die Maßnahme von der DUI postwendend mit Rücktrittsforderungen gegen den Bildungsminister beantwortet wurde,



unterschrieben rund hundert Lehrende und Intellektuelle eine Petition zur Unterstützung des Bildungsministeriums. Derweil wurde das Sekretariat der Universität geschlossen. Nach einer Prüfung der Unterlagen der Universität wurden die Personaländerungen vom Senat der Universität bestätigt. Das Dilemma ist, dass rechtlich gesehen, der Bildungsminister seine Kompetenzen übertreten hat. Andererseits hat das Bildungsministerium keine legalen Mittel, nach Bekanntwerden solcher Vorfälle, eingreifen zu können.



Treffen zwischen Gruevski und Ahmeti



Nach einer vierjährigen Phase des gegenseitigen Ignorierens trafen Premierminister Gruevski und Ali Ahmeti, der Vorsitzende der oppositionellen DUI, anläßlich eines Podiumsgesprächs der albanischen NGO Razbudi se! ("Wach auf!") aufeinander, an dem auch Vlado Bučkovski teilnahm. Zwischen zwei Mal Händeschütteln, einer bei diesen beiden Politikern lange nicht gesehenen Geste, lieferten sie sich Angriffe zu Themen der Tagespolitik. EU-Botschafter Erwan Fouéré zeigte sich mit der Aufnahme des Dialogs zwischen Gruevski und Ahmeti zufrieden. Gruevski gab nach und

stimmte dem Treffen, dass in einem Hotel auf der sog. "albanischen Seite" des Flusses Vardar statt fand, zu. Besonders auffällig war an diesem Tag, dass über dem Hotel neben der mazedonischen eine fast doppelt so große albanische Flagge wehte. Für manche Zeitungen galt es als kleine Sensation, dass der sonst als medienscheu bekannte Ahmeti nach Skopje kam.

DUI-Abgeordneter tritt aus der Partei aus

Der Abgeordnete Fadil Sulejmani (Bild), der bisher die DUI im Parlament vertrat, ist aus seiner Partei ausgetreten und wird als unabhängiger Abgeordneter im Parlament bleiben. Sulejmani gab bekannt, er sei enttäuscht darüber, wie sich die DUI seit den Wahlen verhalte. Die Position der Partei zum Polizeigesetz bezeichnete er als unprofessionell, die Diskussionen darum als irrational. Auch mit dem Vorgehen der DUI nach den Maßnahmen in Zusammenhang mit der Universität Tetovo sei Sulejmani nicht einverstanden und habe deshalb die Interpellation an den Bildungsminister Sulejman Rushiti nicht unterschrieben. Dabei gehe es nicht um Bildung und Wissenschaft, sondern um reine Partei- und Machtineressen, sagte er.



Sulejmani hat vom Parlament die Bereitstellung eines privaten Leibwächters gefordert, um sich vor möglichen Attacken der DUI zu schützen, von der er behauptet, Morddrohungen erhalten zu haben.

Aufhebung von Transparency Macedonia

Nach dem Aufruhr bei Transparency Macedonia, der durch ein nicht eben transparentes Vorgehen bei der Nominierung von Sašo Ordanoski zum Vorsitzenden ausgelöst worden war, hat die leitende Direktorin Slagjana Taseva das Büro der Organisation geschlossen. Die Schirmorganisation Transparency Interantional (TI) hat daraufhin Transparency Macedonia die Lizenz entzogen. Finanzminister Trajko Slavevski appellierte an den TI-Haupsitz in Berlin, die Angelegenheit zu klären und so die Glaubwürdigkeit von Transparency Macedonia zu bewahren. Experten sind jedoch der Meinung, eine Einmischung durch die Regierung sei nicht angezeigt. Der Aufsichtsausschuss von Transparency Macedonia bekräftigt, die Wahl Ordanoskis sei legitim



gewesen. Derweil wurde eine neue Nichtregierungsorganisation unter dem Namen Transparency MK vom früheren Vorsitzenden des Helsinki Komitees für Menschenrechte, Meto Jovanovski, gegründet, dessen Programmrat von Taseva präsidiert wird.



Misstrauensvotum für Bučkovski – Šekerinska künftige SDSM-Vorsitzende?

Im Vorferld der Parteiversammlung der Sozialdemokratischen Union Mazedoniens (SDSM) bereisten Vlado Bučkovski und Radmila Šekerinska, die herausragendste Vertreterin der Kräfte in der SDSM, die seinen Rücktritt fordern, die lokalen Organisationen der Partei. Die ehemalige Ministerin wurde während dieser Zeit von der neuen Regierung mit der Behauptung angegriffen, sie hätte in ihrer Position als Stellvertretende Premierministerin für Europäische Integration ausländische Hilfsgelder unterschlagen, was Šekerinska als Versuch, ihren Weg an die Spitze der SDSM zu vereiteln, beurteilte. Vertreter der ausländischen Botschaften in Mazedonien haben sich von den Vorwürfen an Šekerinska distanziert und verneinten eine Veruntreuung von Spenden ihrer Länder. Die Beschuldigte bedauerte, dass sie aus der SDSM keine Unterstützung erhielt.

Während Šekerinska sich die Veruntreuungsbeschuldigungen anhören musste, forderte die Jugendorganisation der SDSM den Rücktritt Bučkovskis von der Parteispitze. Auf der Parteiversammlung Anfang Oktober erhielt er einen Tiefschlag: 399 von 539 Delegierten sprachen ihm das Misstrauen aus. Somit wird am Parteikongress, der Mitte November stattfinden wird, ein neuer Parteivorsitzender gewählt werden. Stärkste Kandidatin ist - Radmila Šekerinska. Bučkovski kommentierte, dass die Durchführung eines Misstrauensantrages der beste Beweis für die Demokratisierung der SDSM während seines Vorsitzes sei und bemerkte mit Seitenhieb auf

die Gruppe um Präsident Crvenkovski, er sei nicht der einzige Verantwortliche für die Wahlniederlage. Bučkovski will keine neue Partei gründen, sondern als Führer eines Parteiflügels wirken. Mit seinen Gefolgsleuten will er eine dahingehende Änderung des Parteienstatuts beantragen. Bei einem Treffen einigten sich Bučkovski und Šekerinska (auf dem Bild noch in der Regierung vereint) darauf, von gegenseitigen Anschuldigungen abzulassen, um die SDSM nicht weiteren Negativschlagzeilen auszusetzen.



KURZNACHRICHTEN

- ▶ Premierminister Gruevski will bis Ende 2006 seine Partei VMRO-DPMNE reorganisieren. Damit soll eine Stärkung der Partei erreicht werden, denn nach dem Wahlsieg befindet sich der größte Teil des Parteikaders an verantwortungsvollen Posten in Regierungsinstitutionen und hat somit nicht mehr genügend Zeit, sich für die Partei zu engagieren.
- ▶ Vier Monate nach den Wahlen hat die VMRO-DPMNE ihre Liste der Geldgeber für die Wahlkampagne nur teilweise, die SDSM geführte Koalition "Zusammen für Mazedonien" gar nicht bei der Staatlichen Wahlkommission eingereicht. Die Gesetzesänderung, die diese Verpflichtung besagt, wurde noch während der SDSM-Regierung verabschiedet.
- Die neue Regierung will das bargeldfreie Zahlen ankurbeln, indem rund 120.000 Angestellten im öffentlichen Dienst das Einkommen auf ihr Bankkonto überwiesen werden soll. Somit würde auch der Wettbewerb zwischen den Banken belebt, wodurch die Kosten im bargeldlosen Zahlungsverkehr gesenkt werden sollen, kommentierte Finanzminister Trajko Slavevski die Neuerung.





- Die Regierung plant, in den nächsten vier Jahren 2.723 weitere Personen, zu größten Teil als Kurzzeitexperten oder externe Mitarbeiter, in den Abteilungen für europäische Integration aller Institutionen zu beschäftigen. Die Stellvertretende Premierministerin für EU Integration Gabriela Konevska-Trajkovska gab bekannt, diese zusätzlichen Mitarbeiter würden vor allem für die Harmonisierung der mazedonischen mit der EU- Gesetzgebung eingesetzt.
- Drei Angestellte der russischen Botschaft und ein russischer Journalist wurden vor einer Bar in Skopje zusammengeschlagen. Der russische Botschafter reichte daraufhin beim mazedonischen Außenministerium eine Protestnote ein. Premierminister Gruevski versprach, es würden alle möglichen Anstrengungen angestellt werden, um den Zwischenfall zu klären. Die Angaben über die Anzahl der "Angreifer" wie über das Motiv der Schlägerei gehen auseinander.
- ▶ Das Justizministerium hat sechs Richter ernannt, die für die Übernahme der Fälle aus Den Haag ausgebildet werden sollen (siehe Newsletter September). Die Regierung bereitet einen Gesetzesentwurf für die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal vor.



Erhard Busek (Bild), Koordinator des Stabilitätspaktes, wird in Zukunft die mazedonische Regierung in Angelegenheiten der Außenpolitik bzw. Auswärtigen Beziehungen beraten. Wie er in einem Schreiben an den Premier Gruevski betonte, werde er dies völlig unentgeltlich tun. Busek hielt sich Mitte Oktober zu einem Kurzbesuch in Skopje auf, wo er auch über die künftige Rolle des Stabilitätspakts referierte.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Außenstelle Skopje

Zusammengestellt: Tiina Fahrni

Verantwortlich: Ulrich Kleppmann

01.11.2006